



## Frauen und Mütter auf der Flucht

### Auf das Schicksal werdender Mütter, Mädchen und Frauen aufmerksam machen

Im Vorfeld des Muttertags am 8. Mai machte ich gemeinsam mit der Plattform Mutternacht, einer von NGOs und Parlamentsparteien getragene Plattform, bei einem Pressegespräch auf die aktuelle Situation von weiblichen Flüchtlingen aufmerksam.

Frauen und Kinder sind mittlerweile in der Überzahl bei neu ankommenden Flüchtlingen in Europa, auch in den syrischen Nachbarstaaten überwiegt mit 75 Prozent der Anteil von Frauen und Kindern. Doch gerade die Sicherheit von Frauen und Mädchen ist auf der Flucht besonders gefährdet, sie werden häufig Opfer von sexueller Gewalt oder Misshandlung. Und auch wenn Frauen und Mütter die Flucht erfolgreich überstehen konnten, existieren gerade während der Ankunftsphase besondere Gefahren für weibliche Flüchtlinge.

Ich betonte beim Pressegespräch, dass die sexuellen und reproduktiven Rechte zu jenen Menschenrechten gehören, die in Krisensituationen besonders schnell unter Druck geraten. Mädchen und Frauen auf der Flucht sind häufig mit sexuellen Übergriffen, fehlendem Zugang zu Verhütungsmitteln samt Notfallverhütung, mangelnder medizinischer und psychologischer Betreuung bei Missbrauch sowie bei ungewollter und gewollter Schwangerschaft und Geburt konfrontiert. Es ist dringend nötig für sie alle den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen sicherzustellen.

Beatrix Bücher hat für CARE die Studie „Women, Work and War“, die sich mit der Situation syrischer Frauen im sechsten Jahr des Kriegs beschäftigt, beim Pressegespräch präsentiert. Syrische Frauen und Mütter schultern

demnach einen Großteil der Last von Krieg und Vertreibung. Sie sind mittlerweile häufig allein für die Versorgung der Kinder und das Familieneinkommen verantwortlich. Eine von sechs Familien in Syrien ist laut der Studie bereits weiblich geführt.

### ASBÖ für Flüchtlinge

Seit Dezember 2015 flüchten erstmals mehr Frauen und Kinder als Männer aus Syrien, Afghanistan und dem Irak nach Europa. „Für Frauen bestehen besondere Gefahren während der Flucht und auch in der Ankunftsphase. Sie brauchen geschlechtsspezifische Sozialarbeit und Unterstützung dabei, ihre neue gesellschaftliche Identität in Österreich zu finden“, führte Anita Monika Jahrmann-Foidl vom Samariterbund bei aus. Der ASBÖ betreibt derzeit in ganz Österreich rund 40 Flüchtlingsseinrichtungen für Familien, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Erwachsene. Zu Spitzenzeiten versorgen die haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen des ASBÖ täglich 7.500 Flüchtlinge.

Anregungen und Kommentare zur FiP bitte direkt an mich unter: [petra.bayr@spw.at](mailto:petra.bayr@spw.at)



Beim Pressegespräch in der VinziRast

## UN-Generalsekretär Ban Ki-moon im Nationalrat

### Agenda 2030 im Parlament

Ban Ki-moon ist der Erste, der eine Änderung der Geschäftsordnung des Hohen Hauses mit Leben erfüllt. Er durfte am 28. April als Nicht-Abgeordneter im Nationalrat sprechen.

In seiner Rede zeigte der Noch-Generalsekretär deutlich auf, dass wir alle, also die internationale Staatengemeinschaft, vor komplexen Herausforderungen stehen, die umfassende und langfristige Antworten brauchen. Die Agenda 2030 strebt in 17 Zielen eine nachhaltige soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung an. Sie hat das Potential, tatsächlich die Welt zu einem besseren Ort für alle über sieben Milliarden Menschen zu machen, wenn sie mit dem entsprechenden politischen Willen umgesetzt wird. Im Nationalrat sind wir gerade dabei, über eine Struktur nachzudenken, wie die Umsetzung der Agenda 2030 auf nationaler Ebene effektiv überwacht

werden kann. Nachdem die Agenda 2030 vom Schutz der Meere über das Schließen des Gender-Pay-Gaps und den Einsatz von erneuerbaren Energien sowie über nachhaltige Produktions- und Konsummuster Ziele vorgibt, wird es eine Art der Zusammenschau geben müssen, wie Österreich die Umsetzung (mit)gestaltet. Im Parlament werden

sich alle 183 Abgeordneten mit der Agenda 2030 beschäftigen müssen, aber nicht alle werden die Umsetzung aller 17 Ziele samt 169 Unterzielen verfolgen können. Es braucht daher eine sinnvolle Arbeitsteilung und eine übersichtliche Zusammenschau in der Zielerreichung, die auch für die öffentliche Darstellung geeignet ist.



Ban Ki-moon im Nationalrat

## Besuch von Projekten der Volkshilfe am Balkan

### Österreichische Unterstützung für eine Schule in Pristina

Nach dem Besuch der Volkshilfe im Parlament habe ich die Möglichkeit bekommen, entwicklungspolitische

Projekte der Volkshilfe in Serbien und im Kosovo zu besuchen. Dabei habe ich neben mehreren Schulen ein

Projekt zur Verbesserung der sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen im Kosovo gesehen. Es geht darum, das Wissen über reproduktive Gesundheit unter den 12- bis 18- Jährigen zu erhöhen, um ungewollte Schwangerschaften, Schulabbrüche und die Übertragung von sexuell übertragbaren Krankheiten zu verhindern. Ziel des Projektes ist nicht nur, die Gesundheit der Frauen zu verbessern, sondern auch deren noch traditionell schwache Stellung in der Gesellschaft zu stärken.



Angeregter Austausch in der Pause

## Erster internationaler Gipfel zur humanitären Hilfe

### 125 Millionen Menschen auf der Welt brauchen dringend humanitäre Hilfe

Vor zehn Jahren waren weltweit rund 32 Millionen Menschen dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen. Heute sind es etwa vier Mal so viele. Klimawandel, extreme Armut, Wasser- und Lebensmittelknappheit, Krieg und Epidemien bringen immer mehr Menschen in so große Not, dass sie auf Unterstützung durch humanitäre Hilfsorganisationen angewiesen sind. Um auf den enormen Bedarf zu reagieren hat UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zum ersten internationalen Gipfel zur humanitären Hilfe nach Istanbul geladen. Ich war als einzige Abgeordnete aus Österreich dabei.

Es ist unfassbar, 90 Prozent der von Kriegen Betroffenen sind ZivilistInnen. Ein großer Teil davon sind Kinder und Frauen. Es ist daher dringend nötig, Frauen und Mädchen als Opfer von kriegerischen Auseinandersetzungen in



# 61%

*of all cases of maternal mortality occur in humanitarian crises. We urgently need to ensure that all pregnant women & new mothers have access to quality health services.*

- Petra Bayr, MP (Austria)  
At the World Humanitarian Summit



den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu rücken und ihre Bedürfnisse nicht zu ignorieren. 61% aller Frauen, die jährlich an Komplikationen während der Schwangerschaft oder Geburt sterben, verlieren ihr Leben in Zeiten einer Krise, sei es auf der Flucht, im Krieg oder nach einer Naturkatastrophe.

Ich habe mich beim Gipfel dafür eingesetzt, völkerrechtlich anzuerkennen,

dass Konflikte heute andere Auswirkungen auf Frauen und Mädchen haben als dies früher der Fall war. Das Kriegsvölkerrecht muss in Zukunft daher so angewandt werden, dass es die Rechte von Frauen und Mädchen berücksichtigt. Humanitäre Hilfe muss den Auftrag von internationalem Völkerrecht in geschlechtssensibler und menschenrechtsbasierter Weise nachkommen.

## Kooperation mit dem Parlament in Sambia

### Partnerschaft für starke Parlamente



MitarbeiterInnen und Abgeordnete aus Österreich und Sambia beim Workshop

Als österreichisches Parlament sind wir gerade dabei, eine Partnerschaft mit dem sambischen Parlament einzugehen. Um abzustimmen, welche Themen wir mit den KollegInnen aus dem Land des südlichen Afrikas voranbringen wollen, haben wir im April einen ersten Workshop in Wien abgehalten. Sicher ist, dass unsere Arbeit dem Erreichen des Nachhaltigen Entwicklungsziels 16 der Agenda 2030 dienen wird, in dem es um die Stärkung von Institutionen, also auch Parlamenten, geht. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit!

## Keine Konfliktminerale in die EU Rohstoffe dürfen Konflikte nicht anheizen

Viele werden sich auch noch an die Kampagne „No blood in my cell phone – Kein Blut in meinem Handy“ aus den frühen 2000er Jahren erinnern. Damals haben NGOs über den Abbau von Rohstoffen in der Demokratischen Republik Kongo informiert, wo Geschäfte mit den Rohstoffen, die in der Herstellung von Handies verwendet werden, den bewaffneten Konflikt noch weiter angeheizt haben. Der Ausdruck Konfliktminerale wird analog zu Blutdiamanten verwendet und bezieht sich in der aktuellen Diskussion auf Zinn, Tantal, Wolfram und Gold. Diese Rohstoffe kommen vor allem aus afrikanischen Staaten der Großen Seen Region, darunter Angola, Uganda, Zentralafrikanische Republik, Demokratische Republik Kongo und Ruanda.

In den letzten Jahren sind Zusammenhänge zwischen dem Abbau von Rohstoffen, die in alltäglichen Verbrauchsgütern wie etwa Smartphones vorkommen, und der Finanzierung von gewaltsamen Konflikten verstärkt in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. Und es ist bekannt, dass Rohstoffe häufig eine Rolle bei der Eskalation von Konflikten spielen. 2014 gab es 96 Konflikte im Zusammenhang mit Rohstoffen. Darüber hinaus belegen Daten der Vereinten Nationen, dass 40% aller Bürgerkriege der letzten 60 Jahre einen Bezug zu Rohstoffen hatten.

### EU- Verordnung in Arbeit

Um in Zukunft zu vermeiden, dass europäische Firmen bewaffnete Konflikte durch den Handel mit Rohstoffen mitfinanzieren, wird auf

EU-Ebene derzeit an einer Verordnung zu Konfliktmineralien gearbeitet. Ziel ist: Konfliktminerale dürfen bewaffnete Auseinandersetzungen nicht weiter anheizen. Durch verpflichtende unternehmerische Sorgfaltspflichten kann sichergestellt werden, dass bewaffnete Gruppen durch den Abbau von und Handel mit Zinn, Tantal, Gold und Wolfram nicht gute Geschäfte machen und dadurch friedlichen Lösungen von bewaffneten Konflikten entgegenwirken. Nachdem im bisherigen Gesetzgebungsverfahren



Minenarbeiter mit Wolfram

zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat keine Einigung gefunden werden konnte, sind nun die Gesetzgeber in Trilog-Verhandlungen getreten. Dabei ringen Rat und EU-Parlament mit Hilfe der Kommission um einen Kompromiss.

Das Europäische Parlament hat sich für verbindliche Sorgfaltspflichten ausgesprochen, um Gewalt und Ausbeutung

in den ressourcenreichen Ländern zu beenden. Der Rat hingegen wünscht sich eine freiwillige Regelung und will nur einen Teil der Beschaffungskette in die Pflicht nehmen. Freiwillige Verpflichtungen helfen uns aber nicht weiter. Zudem könnten diese auch jetzt schon eingehalten werden.

### Veranstaltung im DEPOT

Um die Diskussion in Österreich voranzutreiben, lade ich gemeinsam mit dem Renner Institut zu einer Veranstaltung ein. Bei der Diskussion sollen Pro und Contra von verbindlichen Rahmenbedingungen abgewogen werden, die österreichische Position im Verhandlungsprozess und Stimmen aus der Praxis gehört werden.

Es diskutieren Bibi Bleekemolen von Fairphone, Karin Küblböck von der Österreichischen Forschungsförderung für Internationale Entwicklung und Beatrix Matousek-Horak aus dem BMWFW. Ich werde am Ende der Diskussion versuchen, die wichtigen Standpunkte zusammenzufassen und einen politischen Ausblick über die weitere Vorgangsweise zu geben.

Wann: 29. Juni um 19:00, Wo: DEPOT, Breitegasse 3, 1070 Wien

Anmeldung bitte bei Gerlinde Churavy: [churavy@renner-institut.at](mailto:churavy@renner-institut.at)

Die Diskussion wird auf Deutsch und Englisch stattfinden.